

Aargau

Standesinitiative für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum vom Grossen Rat gutgeheissen!

Frauen sind auch Menschen!

Mit nachfolgendem Votum überzeugte SD-Grossrat René Kunz die Mehrheit der Grossratsmitglieder in der Sitzung vom 4. Mai.

Geschätzte Anwesende,

Die Burka ist ein weites sackähnliches Gewand, das über den Kopf gezogen wird und die Frau bis zu den Zehenspitzen komplett verhüllt. Beinahe gleich sieht der Nikab aus. Dieser bedeckt das ganze Gesicht und lässt nur einen kleinen Sehschlitz frei. Eine derartige Verschleierung der Frau hat **keine religiöse Bedeutung** und ist im Koran gar nicht vermerkt. **Dies ist vielmehr ein äusserliches Zeichen der Herabsetzung, Unterwerfung und Diskriminierung.** Eine von oben bis unten verhüllte Frau hat fast keine „Freiheitsrechte“. Sie kann nicht einmal essen in einem Restaurant! Sie lebt ein Leben lang in einem Gefängnis. Das Tragen der Burka und des Nikab muss als Machtsymbol der Dominanz des Mannes über die Frau angesehen werden. Häufig werden junge Musliminnen und zum Islam konvertierte Schweizerinnen von traditionalistischen Männern radikalisiert. Das Ergebnis dieser Radikalisierung ist dann unter anderem auch die Ganzkörperverschleierung. Diese verschleierten Frauen werden dann bis an ihr Lebensende nach radikal islamischen Verhaltensregeln unterdrückt, gedemütigt und wenn es nicht mehr anders geht, geschlagen. Das Schlagen einer Frau kann auch mit dem „Stüpfen“ eines Zahnstochers erfolgen um anzuzeigen: Jetzt geht sie zu weit! Solche gewaltsamen Handlungen propagiert der Bieler Nicolas Blancho. Der radikale Islamist Blancho hält auch die Steinigung der Frau für richtig! **Für uns muss eines klar sein, dass das Selbstbestimmungsrecht und die Würde der Frau keiner dogmatischen Ideologie wegen geopfert werden darf.**

Wenn die Ganzkörperverschleierung als Mittel der Unterdrückung der Frau angewandt wird, geraten die Frauenrechte in Gefahr. Wollen wir das wirklich? Nein, das wollen wir nicht!

Die Verhüllung des Gesichtes einer Frau bewegt die Schweiz und Europa. Der überwiegende Teil der hiesigen Bevölkerung spricht sich ohne Wenn und Aber für ein Burka-Verbot aus. Bereits bei einer am 19. Oktober 2009 im „Tagesanzeiger“ publizierten Internetumfrage – an welcher 1'738 Personen teilgenommen haben - stimmten 80 Prozent der Umfrage-Teilnehmer dafür, dass das Tragen eines Ganzkörperschleiers verboten wird. Im Herbst 2009 hat sich der „Verein der Ex-Muslime“ für ein generelles Burka-Verbot ausgesprochen. Seit Dezember 2009 gilt in Grenchen ein Burka-Verbot, wo komplett verhüllte Personen von den Stadtangestellten nicht mehr bedient werden. Meine Forderung für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum ist nicht neu:

Gleich lautende Vorstösse wurden kürzlich im Berner Grossen Rat von einem EVP-Grossrat und im Solothurner Kantonsparlament von einem SVP-Kantonsrat eingereicht. Mitunterzeichnet wurde das Solothurner Begehren von Vertretern der CVP, FDP, SP und den Grünen. Der Direktor des Bundesamtes für Migration - Alard du Bois-Reymond - hat sich ebenfalls kritisch zur Burka geäussert. Unter anderem sagte er in einem Interview: „**Das Burka-Tragen verstösst gegen unsere Werte. Es verletzt den Grundwert, dass Mann und Frau gleichwertige Menschen sind**“. Letzte Woche hat sich Belgien, resp. das belgische Parlament, als erstes europäisches Land klar für ein Burka-Verbot im öffentlichen Raum ausgesprochen. Frankreich steht kurz vor der Einführung eines Burka-Verbots und auch in Italien denkt man über ein solches Verbot nach. In einem Artikel in der Zeitung „Sonntag“ vom 2. Mai 2010, haben sich die SVP, FDP und CVP für ein nationales Burka-Verbot im öffentlichen Raum ausgesprochen.

Geschätzte Anwesende: Wir leben nicht mehr im Mittelalter, sondern im 21. Jahrhundert. Wir wollen deshalb das Gesicht unseres Gegenüber sehen; wir wollen die Gesichter der Menschen sehen! Ich bitte deshalb, meinem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Danke!

Resultat: 89 Grossratsmitglieder aus den meisten Fraktionen unterstützten diese Standesinitiative. 33 Vertreter von SP und Grünen lehnten diese ab. 5 Parlamentarier enthielten sich der Stimme.

Demnächst wird sich eine grossrätliche Kommission, der auch René Kunz angehören wird, an die Arbeit machen – um den definitiven Text für die Standesinitiative auszuarbeiten. Der Grosse Rat wird hierauf nochmals seine Meinung zu alledem äussern und bei einem Ja geht die Angelegenheit sodann zur Behandlung nach Bern in den National- und Ständerat.

Gut gemacht René Kunz – die Redaktion des Schweizer Demokrat gratuliert zum Erfolg!